

Studie

Finanzkrise beutelt auch gesetzliche Rente

Von Lutz Reiche

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird auch der gesetzlichen Rente zusetzen. Erwerbstätige müssen auf kurze Sicht mit höheren Beiträgen und langfristig mit einer niedrigeren Rente rechnen, heißt es in einer Studie. (...)



Bleibt von der Krise nicht unberührt: Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise werden sich in der gesetzlichen Rentenversicherung in Form von höheren Beiträgen und langfristig niedrigeren Renten bemerkbar machen, sagen Experten. © DPA

Hamburg - Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland wird offenbar eine größere Wirkung auf die Beitragszahler und Rentner entfalten (...). Die Erwerbstätigen müssen sich mittelfristig auf steigende Beitragssätze und langfristig auf empfindlich niedrigere

Rentenzahlungen einstellen. (...) Das geht aus einer Studie des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA) hervor.

(...) Nicht unmittelbar, aber auf Sicht der nächsten zehn Jahre werde der Gesetzgeber daher nicht umhin kommen, den Beitragssatz voraussichtlich um 0,5 Prozentpunkte zu erhöhen, ist MEA-Direktor Axel Börsch-Supan überzeugt. (...)

(...) Die Studie geht davon aus, dass die Rentensteigerungen als Folge der Wirtschaftskrise über Jahre hinweg rund einen Prozentpunkt niedriger ausfallen dürften als wenn es die Krise nicht gegeben hätte. (...)

Die Entwicklung werde vor allem die heutige Generation der Babyboomer und Jüngere treffen, sagt Börsch-Supan. Für im Jahr 1964 Geborene zum Beispiel, die 67-jährig dann 2031 in den Ruhestand gehen, werde die gesetzliche Rente je nach Stärke der Krise zwischen 5,9 Prozent bis 9,4 Prozent niedriger ausfallen als es der Rentenversicherungsbericht 2008 vor einem Jahr prognostizierte, haben die Experten des MEA hochgerechnet.

Die zum Schutz der derzeitigen Rentner beschlossene Rentengarantie werde diese langfristigen Wirkungen nicht verhindern können, ist man überzeugt. Aus Sicht der Studienautoren verhindert sie eine hinreichende Anpassung der Renten an die tatsächliche Lohnentwicklung.

"Dieses Rentenkürzungsverbot schwächt den Rentenanpassungseffekt und konterkariert damit den bislang im Rentensystem eingebauten Ausgleich zwischen den Generationen. Damit wird letztlich die Stabilität unseres Rentensystems gefährdet", warnt Rentenexperte Börsch-Supan.

Die jüngeren Jahrgänge müssten wegen der Bevölkerungsalterung ohnehin schon niedrigere Renditen ihrer gesetzlichen Rente hinnehmen, (...). Denn es seien die Jüngeren, die die Kosten der Garantie in Form steigender Beitragssätze bezahlen müssten, kritisieren die Experten. Börsch-Supan geht davon aus, dass allein die jetzt abgegebene Rentengarantie den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,4 bis 0,7 Prozentpunkte erhöhen könnte.

(...) die konkreten Auswirkungen der Garantie hängen ganz entscheidend davon ab, ob und in welchem Ausmaß die unterbliebenen Rentenkürzungen tatsächlich nachgeholt werden. (...)

Sollten die Rentenkürzungen im schlimmsten Fall unterbleiben, werde der Beitragssatz dann dauerhaft sogar um 1 Prozentpunkt höher liegen, ist Börsch-Supan überzeugt. "Die Rentenreformen der vergangenen Jahre wären damit zu einem Großteil Makulatur", warnt der Chef des Mannheimer Forschungsinstituts, (...).

Wohl auch vor diesem Hintergrund dürfte es ihm ein besonderes Anliegen sein festzustellen, dass kein Altersvorsorgesystem sich den Risiken einer Finanz- und Wirtschaftskrise entziehen könne - weder das gesetzliche Umlageverfahren noch das private auf Kapitaldeckung beruhende Verfahren. "Tatsächlich sitzen Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren in einem Boot", stellt Supan fest.

Denn die Krise vermindere nicht nur die Kapitalwerte, auf der die private und die betriebliche Altersvorsorge in Deutschland aufbauen, sondern im Zuge der schwachen Wirtschaft auch die Lohnsumme, (...).

Der vollständige Artikel erschien auf manager-magazin.de am 21. September 2009.